

DGZMK stellt personelle Weichen

Prof. Dr. Dr. Jörg Wiltfang von der Universität Kiel ist neuer Präsident der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK). Er folgt damit turnusmäßig auf Prof. Dr. Roland Frankenberger.

Über die Ziele seiner Präsidentschaft hat Prof. Dr. Dr. Jörg Wiltfang klare Vorstellungen: „Wir haben im Rahmen der Pandemie erlebt, welch hohen Stellenwert die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung hat. Die Stärkung der Oralen Medizin innerhalb der Zahnmedizin, die Etablierung von Forschungsverbänden durch bessere Vernetzung innerhalb der Fachgesellschaften der DGZMK und die Verbesserung der Sichtbarkeit der DGZMK sollen Schwerpunkte meiner Präsidentschaft sein“, betonte er in seiner Antrittsrede.

Bei der Mitgliederversammlung der DGZMK wurde Prof. Dr. Peter Proff, Direktor der Poliklinik für Kieferorthopädie des Universitätsklinikums Regensburg und zuletzt Referent Kieferorthopädie der Bayerischen Landeszahnärztekammer, einstimmig zum neuen Präsidenten elect gewählt. Proff, der seit 2021 auch Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kieferorthopädie (DGKFO) ist, soll Wiltfang im Jahr 2025 ablösen.

tas/Quelle: DGZMK

Karies häufigste Erkrankung weltweit

Rund 3,5 Milliarden Menschen leiden weltweit unter Zahn- und Munderkrankungen. Das ist fast die Hälfte der Weltbevölkerung, wie aus dem „Global Oral Health Status Report“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hervorgeht.

In den letzten 30 Jahren sind die Fälle von Munderkrankungen um eine Milliarde gestiegen – ein Indiz dafür, dass viele Menschen keinen Zugang zu Prävention und Behandlung haben. Die häufigsten Munderkrankungen sind Karies, schwere Zahnfleischerkrankungen, Zahnverlust und Mundkrebs. Nur ein kleiner Prozentsatz der Weltbevölkerung werde systematisch zahnmedizinisch versorgt.

Die WHO empfiehlt, den Hauptrisikofaktoren für die Mundgesundheit – zuckerhaltige Ernährung sowie Tabak- und Alkoholkonsum – durch Präventionskampagnen entgegenzuwirken und

die Zahnmedizin mit in die allgemeinen Gesundheitsstrategien einzubinden. Zudem sollten der Fachkräftebedarf gesichert und Daten zur Mundgesundheit in regelmäßigen Gesundheitsmonitorings evaluiert werden, so die WHO.

tas/Quelle: WHO

Energiekrise bringt Praxen in Not

Die Energiekrise setzt auch der ambulanten medizinischen Versorgung schwer zu. Mehr als 90 Prozent der Ärzte und Heilberufler berichten von spürbaren Auswirkungen in ihren Praxen, so eine aktuelle Befragung der Stiftung Gesundheit.

Demnach beschreiben 34,4 Prozent der Praxen die Auswirkungen als erheblich, 4,5 Prozent sehen sich sogar in ihrer Existenz bedroht. „Hochgerechnet auf die Gesamtheit der befragten Berufsgruppen würden somit derzeit etwa 16 000 Praxen akut um ihre Existenz bangen“, sagt Forschungsleiter Prof. Dr. Dr. Konrad Obermann. „Sollte es zu Praxisschließungen in dieser Größenordnung kommen, wären die Folgen gerade in strukturschwachen Gebieten deutlich zu spüren.“

Um die steigenden Kosten bewältigen zu können, senken 70,4 Prozent der Ärzte und Heilberufler die Raumtemperatur in ihren Praxen. 65,2 Prozent überwachen vermehrt den Strom- und Gasverbrauch und 53,4 Prozent sparen Energie, indem sie vorhandene Geräte nicht nutzen. Um die Energiekosten bezahlen zu können, verschiebt zudem ein Drittel der betroffenen Praxen geplante Anschaffungen. Ein knappes Drittel der Teilnehmenden an der Befragung muss zudem bereits an finanzielle Rücklagen gehen.

In etlichen Fällen reicht das aber nicht aus: Zahlreiche Mediziner berichten, dass sie wichtige Kurse oder Leistungen wie Hausbesuche aus Kostengründen nicht mehr anbieten können. Andere verkürzen die Öffnungszeiten ihrer Praxen. 7,2 Prozent gaben an, dass sie Personal entlassen mussten oder kurz vor diesem Schritt stehen, um die gestiegenen Energiekosten zu kompensieren.

An der Ad-hoc-Befragung im Dezember 2022 nahmen insgesamt 1 706 Leistungserbringer aus dem ambulanten Bereich teil. Die Antwortquote lag bei 6,4 Prozent.

tas/Quelle: Stiftung Gesundheit